

Entlastung für einen Flaschenhals

Binningen. Verlängerung der Tramlinie 2 und Variante Margarethenstich werden geprüft



Wenig Platz. Autos, Tram und Bus zwängen sich alle durch den Binninger Flaschenhals. Foto Dominik Püss

PETER DE MARCHI

Binningen leidet massiv unter dem täglichen Durchgangsverkehr. Jetzt suchen Vertreter der Gemeinde, der Kantone Baselland und Basel-Stadt, der BLT und der BVB nach einer Lösung.

Die Verkehrssituation in Binningen wird immer wieder mit einem Flaschenhals verglichen; ein Bild, das die Verhältnisse ziemlich gut wiedergibt. Ein riesiger Verkehrsstrom aus dem gesamten Leimental ergiesst sich Tag für Tag in Richtung Basel und staut sich vor den Toren der Stadt, eben im Binninger Flaschenhals. Die Zahlen sprechen für sich: Der Maximalwert, der im September dieses Jahres an einem einzigen Tag auf der Baslerstrasse gezählt wurde, waren 15 647 Fahrzeuge; im gleichen Monat auf der Oberwilerstrasse 17 008 Fahrzeuge.

Seit er sein Amt als Gemeindepräsident angetreten habe, bereite ihm die Verkehrssituation auf den beiden Hauptachsen Kopfzerbrechen, sagt Charles Simon. Binningen, am Ende des Leimentals, leide wirklich unter dem motorisierten Verkehr. Er habe ständig Lobbyarbeit geleistet für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die neue Tramschleife beim Kronenplatz etwa sei so angelegt worden, dass eine Linienverlängerung jederzeit möglich wäre.

RUNDER TISCH. Jetzt hat die Lobbyarbeit von Charles Simon Früchte getragen. Es ist ihm gelungen, einen runden Tisch ins Leben zu rufen, an dem alle Platz nehmen, die mit der Verkehrssituation in Binningen zu tun haben: die Gemeinde selber, die Abteilungen

öffentlicher Verkehr in Liestal und in Basel, BLT und BVB. Die Federführung hat Roman Stingelin, der Planer im Amt für öffentlichen Verkehr in Liestal.

20 JAHRE ALTE IDEE. Um die Verkehrssituation in Binningen zu entschärfen, muss das Rad nicht neu erfunden werden. Pläne, wie die Tramlinien 2 und 10 ausgebaut werden könnten, schlummern seit Jahren schon in den Schubladen der kantonalen Planer. Gute 20 Jahre alt ist bereits die Idee einer Verlängerung der Tramlinie 2. Die Linie soll durch die Gorenmatt- oder die Lindenstrasse runter auf das Trasse der Linie 10 geführt werden, der 2er könnte dann nach Oberwil, in Spitzenzeiten gar bis Ettingen geführt werden.

In den ursprünglichen Plänen ist gar von einer Tunnelva-

riante die Rede; das Tram würde vor dem Kronenplatz unter der Erde verschwinden und bei der Bottminger Mühle wieder auftauchen.

Die andere Variante wäre es, den 10er und den 2er via Margarethenstich zu verbinden. Von der Haltestelle Dorenbach würde der 10er rauf zur Haltestelle Margarethen fahren und dann direkt weiter zum Bahnhof.

Roman Stingelin bestätigt, dass sich die Arbeitsgruppe primär mit diesen beiden Varianten auseinandersetzen wird. Es gäbe schon noch eine andere Möglichkeit, tönt Stingelin an. Die Katze aus dem Sack lassen aber wollte er nicht. Dazu sei es jetzt noch zu früh. Ziel der Arbeitsgruppe sei es, betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich abzuklären, welche Ergänzung der

Infrastruktur wesentliche Verbesserungen zur bestehenden Situation bringen kann. An diese Frage gehe man völlig offen an.

BESTANDESAUFNAHME. Dass alle möglichen Varianten offen und vorbehaltlos untersucht werden sollen, sagen auch die anderen Teilnehmer der Arbeitsgruppe. Im Rahmen der Diskussion um das Agglomerationsprogramm hatte BLT-Chef Andreas Büttiker die Variante Margarethenstich wieder in die Diskussion eingebracht als mögliche Alternative zu einer Verlängerung der Tramlinie 2. Favorisieren aber will er keine der beiden Varianten. Jetzt gehe es um eine saubere Bestandaufnahme, sagt Büttiker. Wenn die Bevölkerung im Leimental weiter wächst – und davon wird für die nächsten Jahre ausgegangen –, müsse man sich jetzt Gedanken machen, wie die Verkehrsströme abgenommen werden können.

Auch Alain Groff, Leiter des städtischen Amtes für öffentlichen Verkehr, will nichts vorwegnehmen. Aus rein städtischer Optik aber, gibt er jetzt schon zu bedenken, wäre eine Verlängerung der Linie 2 ausgesprochen wünschenswert, weil die Linie auf der Achse vom Bahnhof SBB Richtung Badischer Bahnhof besser ausgelastet sei, als auf der Achse in Richtung Binningen. Mit einer Verlängerung könnten mehr Fahrgäste aus dem Leimental auf den 2er gebracht werden, glaubt Groff.

VON HOHER PRIORITÄT. Bis zum Februar des nächsten Jahres sollen die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft auf dem Tisch liegen, sagt Roman Stingelin. Wie wichtig die Entlastung Binningens vom Verkehr ist, zeugt auch ein Blick auf das Agglomerationsprogramm: beide Varianten sind aufgelistet, beide unter der Rubrik «von hoher Priorität».

gruss aus den usa

«Die US-Westküste entspricht meinem Wesen»



Trudy Rosemarin. Die 61-Jährige zog es in die USA, wo sie auch bleiben möchte.

SEATTLE/BIRSFELDEN. «Ein irrsinniges Land für Frauen – das ist das, was ich empfand, als ich aus Birsfelden in die USA kam, als Au-Pair, vor 38 Jahren. Frauen hatten in den USA so viele Möglichkeiten – in der Schweiz damals nicht einmal das Stimm- und Wahlrecht. Als Au-Pair wurde ich dann zwar entlassen, weil ich auf der «falschen» Strassenseite, derjenigen der Schwarzen, spazieren ging. Doch ich fand bald eine Stelle als Dokumentalistin in der Bibliothek der Stanford University. Ich lernte einen Amerikaner kennen, wir heirateten, bekamen eine Tochter. Mit dem Buschi kamen wir nach Basel zurück. Mein Mann wollte Europa kennenlernen, bekam als Computerspezialist problemlos Arbeit bei Sandoz. Doch die Rückkehr in die Schweiz war ein grosser Fehler. Das stellte sich bald heraus. Mein Mann war frustriert, weil er zwar motiviert Hochdeutsch lernte, aber alle Baseldeutsche sprachen.

HÄUFIGE JOBWECHSEL. Nach drei Jahren, in der Zwischenzeit hatten wir noch einen Sohn bekommen, gingen wir zurück nach Seattle. Es war ein Aufatmen – auch für mich. Die Westküste der USA entspricht meinem Wesen, meiner Abenteuerlust, meinem Drang nach Veränderung. Ich, gelernte Buchhändlerin, habe hier mittlerweile als Hausfrau, Sprachlehrerin, Leiterin einer Sprachschule und eines PR-Büros gearbeitet. Nun bin ich Inhaberin eines Blumengeschäfts, «Trudy's Flowers». Solche Jobwechsel sind in den USA nichts Aussergewöhnliches. Mir gefällt auch die Höflichkeit und Freundlichkeit der Leute hier. Es gibt kein Vordrängeln im Stau oder an einer Kasse. Ich erinnere mich, als ich zu Besuch in der Schweiz einmal mit meinen Nichten ein Eis kaufen ging. Nach fünf Minuten Aufder-Stelle-Stehen sagten sie zu mir: «Du

musst drücken, Tante, sonst kommen wir nie an die Reihe.» Ein Leben in der Schweiz wäre für mich unvorstellbar. Sicher, die Schweiz ist wunderschön. Aber so viele Leute auf engstem Raum, dieses Insel-Denken des kleinen Landes, das sich in den Bergen einkesseln will. Gut, ich sehe schon, wenn ich alle paar Jahre Familie und Freunde besuche, dass sich die Schweiz auch wandelt. Sie ist weniger sauber als früher. Und es hat viele Menschen mit anderer Hautfarbe, aus anderen Kulturen. Das finde ich gut. Damit die Schweizerinnen und Schweizer merken, dass es noch eine andere Welt gibt ausserhalb ihres Schlosses.

SCHWEIZERISCHE WEIHNACHTEN. Am schweizerischsten ist mein Leben an Weihnachten. Wir feiern mit meinen Enkelinnen den Heiligabend mit echten Kerzen am Weihnachtsbaum, essen selbstgemachte Brunsli und Zimtsterne und als Dessert gibts wie bei meiner Oma eine «Schitterbiigi» mit Stalden-Creme. Natürlich vermisse ich meine Familie und Freunde in Basel. Und gutes Marzipan, Biberli, feines Kalbgeschnitzeltes. Aber sonst hat es hier alles, was mir wichtig ist. Viel Platz zum Beispiel: Ich wohne mit meinem zweiten Mann auf Vashon Island, einer Insel bei Seattle. Wir haben ein Haus mit fünf Hektaren Land, auf dem Schafe weiden. Aber etwas gibt es natürlich, das mich an den USA stört: Die aktuelle Bush-Regierung. Ich engagiere mich in der lokalen demokratischen Partei und hoffe ganz fest, dass die Demokraten bei der Wahl morgen Dienstag die Mehrheit im Kongress erreichen.»

AUFGEZEICHNET: BARBARA SPYCHER

Trudy Rosemarin (61) ist Inhaberin des Blumengeschäfts «Trudy's flowers».

Volk befindet über Zukunft der «Gmeini»

Münchenstein. Am 26. November wird über die Einführung des Einwohnerrates abgestimmt

GEORG SCHMIDT

Der Münchensteiner Souverän muss in zwei Wochen über eine demokratische Grundsatzfrage abstimmen.

Dreimal schon hat sich die Münchensteiner Gemeindeversammlung in den letzten rund eineinhalb Jahren mit der Einführung der Einwohnerrates beschäftigt – am 26. November nun wird das Volk an der Urne befragt. Auslöser für die Abstimmung war ein Antrag von Daniel Altermatt, der an der Gemeindeversammlung vom 15. März 2005 für erheblich erklärt wurde. In seinem Antrag verlangte Altermatt die Einführung des Einwohnerrates, also eines Ortsparlaments anstelle der «Gmeini».

Auf die Vorlage aber, die der Gemeinderat in der Folge ausarbeitete, trat die Gemeindeversammlung im März 2006 ganz knapp nicht ein (131 zu 130 Stimmen). Dies wiederum hatte die Lancierung einer Initiative zur Folge, welche die ausserordentliche Gemeindeordnung, also wiederum die Einführung des Einwohnerrates, verlangte. Die Initiative fand aber in der Gemeindeversammlung vom September dieses Jahres keine Gnade, weshalb nun von Gesetzes wegen das Volk befragt werden muss.

EINWOHNERRAT GAB ES SCHON EINMAL. Weniger verwirrt als dieses Prozedere sind die Argumente. Fundiertere Meinungsbildung, vertiefte Behandlung der Themen dank vorberatenden Kommissionen, mehr Kontinuität, weniger Raum für Partikularinteressen: So lauten in Kürze die Argumente, die für die Einführung eines Ortsparlaments sprechen. Auch die äusserst geringe Teilnahme der Stimmberechtigten an der «Gmeini» spricht für den Wechsel.

Die höheren Kosten, die zusätzliche Beanspruchung der Gemeindeverwaltung wie auch die rela-

tiv hohe Beanspruchung der Ratsmitglieder sind Gründe, welche gegen den Einwohnerrat sprechen. Mit der Abschaffung der Gemeindeversammlung würde auch deren «spontane Dynamik» (so lautet eine Formulierung in den Unterlagen der Gemeinde) verloren gehen. Das gegnerische Komitee führt zudem die «schlechten Erfahrungen» mit dem Einwohnerrat an, der in den Jahren 1972 bis 1980 bestand. Das Pro-Komitee hält die vielbeschworene Mitbestimmung dank der Gemeindeversammlung für ein «Märchen», weil deren Möglichkeiten stark limitiert seien und der Gemeinderat das Sagen habe.

Die direkte Mitsprache des Volks würde bei Annahme der Vorlage dadurch gewahrt, dass Beschlüsse des Einwohnerrates der Urnenabstimmung unterstellt werden, wenn ein Drittel der anwesenden Räte dies verlangt. Auch besteht die Möglichkeit des fakultativen Referendums und der Initiative.

Auch wenn die Gemeindeversammlungen oft schlecht besucht sind – nicht nur in Münchenstein –,

haben Einführungsbegehren für Einwohnerräte einen schweren Stand: Zuletzt lehnte Muttentz im Mai die Einführung des Einwohnerrates ab.

PARTEIEN SIND UNEINS. Die lokalen Parteien tun sich relativ schwer mit der Vorlage. Die SP hat sich einstimmig für den Einwohnerrat ausgesprochen, die SVP ebenso klar dagegen. Eine Mehrheit der CVP ist gegen den Einwohnerrat, eine knappe FDP-Mehrheit dafür. Die Grünen sagen Ja zur Vorlage. Auch der Gemeinderat hat sich für den Einwohnerrat ausgesprochen (siehe unten). Die Gemeindekommission gibt keine offizielle Stellungnahme ab, der «Tenor» gehe aber in Richtung Zustimmung, wie Ursula Berset, die Präsidentin des Gremiums, sagt.

Am 26. November wird über die Grundsatzfrage abgestimmt. Sollte die Initiative eine Mehrheit finden, muss der Gemeinderat eine Vorlage ausarbeiten, die auch Details wie die Grösse des Parlaments regelt. Bei einem Nein ändert sich nichts.

Bangas Rolle stösst auf Widerspruch

IM NEIN-KOMITEE. Obwohl der Gemeinderat der Einführung des Einwohnerrates zugestimmt hat, sind zwei seiner Mitglieder im gegnerischen Komitee vertreten: Helen Wegmüller (SVP) und Gemeindepräsident Walter Banga (FDP). «Dass Banga gegen den Einwohnerrat ist, weiss ganz Münchenstein – er hat ja mit seiner Stimme an der Gemeindeversammlung vom März den Ausschlag gegeben, dass nicht auf die Vorlage eingetreten wurde», sagt Daniel Altermatt, der Präsident des Pro-Komitees. Bangas Engagement überrascht Altermatt deshalb nicht. «Ob

das aber guter Stil ist, ist eine andere Frage.» Auch SP-Präsidentin Anina Weber sagt, Bangas Verhalten sei «nicht ganz korrekt». Ein Gemeinderat müsse in der Konkordanzdemokratie auch Entscheide vertreten können, die nicht mit seiner persönlichen Meinung übereinstimmen – oder sich eben neutral verhalten. Sie verweist auf das schlechte Beispiel des Bundesrates. Banga selber sagt, er habe sich seinen Beitritt zum Nein-Komitee «reiflich» überlegt. Er sei stark überzeugt von der Sache und auch bereit, dafür Kritik einzustecken. gs